

Zwölf US-Politiker sollen im grossen Stil sparen

Scheitern sie, leidet unter anderem die Rüstungsindustrie

MISCHA STÜNZI

2400 Mrd. \$ soll der amerikanische Staat – verteilt über die nächsten zehn Jahre – sparen. So will es ein Gesetz, das Präsident Obama Anfang Monat unterzeichnet hat. Kürzungen von 917 Mrd. \$ sind bereits definiert. Wo die restlichen 1500 Mrd. \$ zu streichen sind, muss ein Komitee bis Ende November festlegen. Letzte Woche wurden die Mitglieder – je sechs aus beiden Parteien – bestimmt, auf deren Schultern nun eine grosse Verantwortung lastet. Finden die zwölf Politiker nämlich keinen Kompromiss oder wird ihr Vorschlag Ende Jahr vom Kongress abgeschmettert, werden 1200 Mrd. \$ gleichmässig bei verschiedenen Budgetposten gespart.

Die Parteiführer im Senat und im Repräsentantenhaus waren sich der Wichtigkeit ihrer Aufgabe offensichtlich bewusst, als sie die Mitglieder ernannt haben. Sie haben gestandene Parlamentarier gewählt, denen eine gewisse Kompromissbereitschaft zuzutrauen ist. Hitzköpfe – beispielsweise aus der Tea-Party-Bewegung – haben in der Kommission keinen Platz gefunden. Trotzdem schätzt Steve Bell, Direktor der gemässigten Ideenfabrik Bipartisan Policy Center (BPC), die Erfolgchancen auf lediglich 50%.

Gremium der Lobbyisten

Auf der Einnahmenseite werden die Mitglieder schwerlich einen Kompromiss finden. So haben sämtliche republikanische Parlamentarier ein Statement gegen höhere Steuern unterzeichnet. Nicht nur zu sparen, sondern auch mehr Einnahmen zu generieren, ist und bleibt aber eine der wichtigsten Forderungen der Demokraten. Eine Schlüsselrolle könnte allerdings der als moderat geltende Senator Rob Portman einnehmen. Er hat im März – obwohl Republikaner – einen Brief an Obama mitunterzeichnet, in dem eine Steuerreform gefordert wird. Eine Lösung, die auch vom BPC unterstützt wird, wäre, einerseits den Steuersatz zu senken. Andererseits könnten die Abzüge drastisch reduziert werden. So würde das System einfacher und die zu besteuern Basis respektive die Einnahmen grösser. Ob diese Lösung allerdings im Parlament bestehen könnte, ist fraglich.

Sollte das Komitee an seiner Aufgabe scheitern, wäre das speziell für die Rüstungsindustrie erneut ein herber Schlag. Die bereits festgelegten 917 Mrd. \$ Einsparungen sehen für das Militärbudget Kürzungen in der Höhe von 350 Mrd. \$ vor. Weitere 600 Mrd. \$ könnten dazukommen, wenn sich die Parteien nicht einigen können. Das Pentagon nennt deshalb den Stichtag «Tag des Jüngsten Gerichts».

Dieser Umstand könnte die Zusammenarbeit zwischen den Politikern fördern. Denn die meisten Kommissionsmitglieder stammen aus Staaten, die von den Rüstungsinvestitionen profitieren. Selbst Senator John Kerry, der sich im Präsidentschaftswahlkampf 2004 als Kriegskritiker hervortat, hätte keine Freude an Kürzungen der Verteidigungsausgaben. Er vertritt Massachusetts, den Staat, der gemessen an den erhaltenen Rüstungsinvestitionen auf Platz fünf rangiert. Auch seine Parteikollegin – und einzige Frau im Gremium – Patty Murray wird sich gegen zu drastische Einsparungen wehren. Immerhin ge-



hört der Rüstungs- und Luftfahrtkonzern Boeing zu ihren spendabelsten Geldgebern. Nicht zuletzt sitzt mit dem Republikaner John Kyl ein bekennender Militärlobbyist im Komitee.

Auch sonst sind die Interessen von Big Business gebührend vertreten: Der republikanische Abgeordnete Fred Upton wird sich beispielsweise dafür einsetzen, dass die Ölkonzerne ihre Steuervorteile behalten dürfen. Und der Demokrat Max Baucus gilt als einer der wirtschaftsfreundlichsten Politiker seiner Partei.

Konfrontation ist in Mode

Nicht schadlos davonkommen wird jedoch die Gesundheitsbranche. Sie ist deutlich heterogener als etwa die Rüstungsindustrie. Spitäler, Krankenversicherer und Pharmakonzerne spannen nicht zusammen und verfolgen zum Teil gar entgegengesetzte Interessen. Der Sektor könnte in einer Kompromisslösung übermässig benachteiligt sein. Einige Beobachter gehen deshalb davon aus, er werde ein Scheitern der Kommission anstreben.

Während sich das «Supercommittee» genannte Gremium vermutlich wird einigen können, dürfte es der Vorschlag im Parlament schwer haben. Die gleichmässige Verteilung der Sparlast ist damit ein wahrscheinlicher Ausgang. In den vergangenen Monaten hat Washington eindrücklich gezeigt, dass die Weichen auf Konfrontation statt Kompromiss gestellt sind.

Anleger sollten derzeit von Investitionen in Rüstungsgüterkonzernen wie Lockheed Martin, Raytheon und General Dynamics absehen. Ein schlankeres Verteidigungsbudget hätte nicht nur zur Folge, dass in Zukunft Aufträge ausbleiben. Mike Mullen, Oberbefehlshaber der Streitkräfte, sagt, auch laufende Programme müssten unter Umständen gestoppt werden.

US-Post will Axt ansetzen

Zahlungsunfähigkeit droht – Massiver Stellenabbau geplant – Fedex und UPS könnten profitieren

MARTIN GOLLMER

Bei der amerikanischen Post droht ein radikaler Kahlschlag: 220 000 Stellen sollen bis 2015 gestrichen werden. Das Staatsunternehmen, das im laufenden Jahr erneut mit einem Milliardenverlust rechnet, könnte schon im September zahlungsunfähig werden. Von einer Gesundheitskrise des U.S. Postal Service (USPS) könnten – in Grenzen – die privaten Konkurrenten Fedex und United Parcel Service (UPS) profitieren.

Die amerikanische Post ist ein Riesenunternehmen. Laut letztem Bericht für das Jahr 2010 beschäftigte die Behörde 583 900 Mitarbeiter. Damit ist sie der zweitgrösste eigenständige Arbeitgeber der USA hinter dem Detailhandelsgiganten Wal-Mart Stores. Wäre der USPS ein Privatunternehmen, würde der Konzern mit zuletzt 67,1 Mrd. \$ Jahresumsatz auf Platz 29 der «Fortune 500» landen, der Liste der grössten US-Gesellschaften. Der USPS verarbeitete im vergangenen Jahr 170,6 Mrd. Karten, Briefe, Pakete oder Periodika – rund 40% der Post, die insgesamt weltweit versandt wurde.

Immer weniger Briefe

Der U.S. Postal Service wurde 1775 gegründet. Erster Unternehmensleiter – «Postmaster General» – war Benjamin Franklin, einer der Gründungsväter der USA. In seine heutige Form transformiert wurde der Dienst 1971. Seither ist der USPS ein eigenständiges staatliches Unternehmen, muss sich selbst finanzieren und erhält keine Steuergelder mehr. Die Post ist verpflichtet, die ganze Bevölkerung der USA zu bedienen mit einheitlichem Preis und gleicher Qualität. Dafür hat der USPS exklusiven Zugang zu mit «U.S. Mail» markierten Briefkästen.

Hauptgeschäft des USPS ist die – monopolgeschützte – Verarbeitung nicht-dringender Briefe. Sie macht über drei Viertel des Umsatzes aus (vgl. Grafik). Darin liegt eines der Hauptprobleme der amerikanischen Post. Seit das Internet massenhaft verbreitet ist, versenden die Amerikaner immer weniger Briefe und

kommunizieren immer mehr via E-Mail, Facebook oder Twitter. Im vergangenen Jahrzehnt fiel das USPS-Briefvolumen 19%, bis 2020 dürfte es gemäss Schätzungen weitere 37% einbrechen.

Seit Jahren rote Zahlen

Anderes Übel: Die Post muss Briefe zu Discountpreisen befördern. Das Porto für einen Erstklassbrief, der in zwei bis drei Tagen beim Adressaten sein soll, beträgt 44 Cent (34 Rappen) – 60% weniger als ein vergleichbarer B-Post-Brief in der Schweiz. Portoerhöhungen sind strikt reguliert und lösen immer wieder Proteststürme aus. Gleichzeitig zahlt die Post hohe Löhne. Ein USPS-Mitarbeiter verdient im Mittel 41 \$ pro Stunde. Das sind 46% mehr als ein durchschnittlicher amerikanische Angestellter. Rund 80% der Postkosten entfallen denn auch auf das Personal. Beim privaten Konkurrenten UPS sind es nur 61%, im Fall von Fedex sogar nur 43%.

Kein Wunder, ist der U.S. Postal Service in die roten Zahlen gerutscht. 2010 betrug der Aufwandüberschuss 8,5 Mrd. \$. In den vergangenen vier Jahren sind insgesamt 20 Mrd. \$ an Verlusten aufgelaufen. Der Abbau von 110 000 Stellen in dieser Periode und Kosteneinsparungen von 12 Mrd. \$ brachten den Turnaround nicht. Jetzt droht die vom Kongress gesetzte Verschuldungsgrenze von 15 Mrd. \$ gesprengt zu werden.

Werde das Parlament nicht sofort aktiv, sei der USPS «im nächsten Monat insolvent», warnte Patrick Donahoe, der Postmaster General, Anfang Woche in einem Statement. Seiner Warnung fügte er mehrere Forderungen an. Die wichtigste: Der Dienst soll die Möglichkeit erhalten, seine «Belegschaft den betrieblichen Bedürfnissen und dem sich ändernden Markt anzupassen». Konkret geplant ist die Streichung von 220 000 Stellen bis 2015. Da 100 000 Arbeitsplätze sowieso durch Pensionierungen und freiwillige Abgänge wegfallen würden, müssten schliesslich 120 000 Kündigungen ausgesprochen werden. Schon früher erzwungen wurde die Schliessung von 3700 Postämtern (von 32 000) und 300 Sortierzentren (von 500).

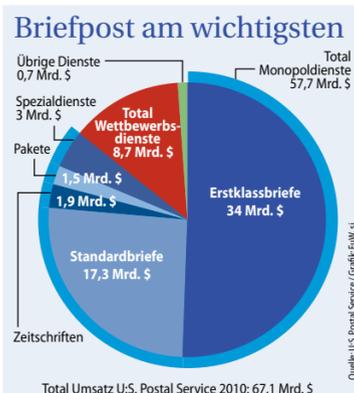
Weiter will Donahoe die Postzustellung am Samstag einstellen und die teuren staatlichen Gesundheitsförderungs- und Pensionierungsprogramme durch eigene ersetzen. Überdies will er Zugang zu den 75 Mrd. \$ erhalten, welche der USPS gemäss eigener Schätzung seit den Siebzigerjahren zu viel in den staatlichen Rentenfonds einbezahlt hat. Würde dem USPS dieser Zugang gewährt, käme dies einem staatlichen Bailout gleich, wie es während der Rezession und Finanzmarktkrise schon der Versicherungskonzern AIG, der Autobauer General Motors oder die Hypothekfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac erhalten haben.

Donahoe sind allerdings die Hände gebunden. Damit er handeln kann, muss fast immer der Kongress einwilligen. Um etwa die 120 000 Kündigungen aussprechen zu können, muss der USPS Kollektivarbeitsverträge mit den Gewerkschaften brechen. Das wiederum setzt eine Änderung des Postgesetzes durch das Parlament voraus.

Konkurrenten warten

Ob es so weit kommen wird, ist wegen der unterschiedlichen Mehrheitsverhältnisse in Repräsentantenhaus und Senat ungewiss. Die Republikaner, von denen viele den Einfluss der Gewerkschaften zurückdrängen wollen und schon lange eine Privatisierung der Post fordern, könnten dem Plan zustimmen. Für die Demokraten sind die Gewerkschaften dagegen Alliierte; sie dürften die Massnahmen ablehnen.

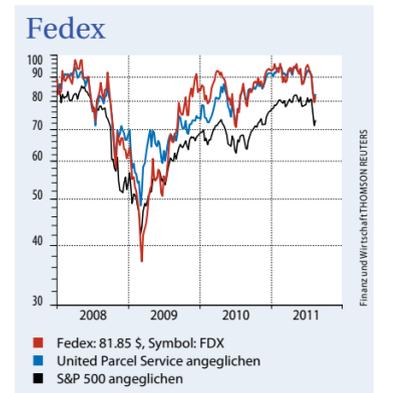
Von einem Stellen- und Dienstleistungsabbau beim U.S. Postal Service dürften andere Brief- und Paketzustelldienste profitieren. An vorderster Stelle stehen die kotierten Logistiker Fedex und UPS, die wie die Post über eine landesweite Präsenz verfügen. Daneben gibt es in den USA noch unzählige, überwiegend regional aktive Transportunternehmen sowie in den Städten die Auto- und Velokurierdienste. Vom USPS ist allerdings nur ein Umsatzvolumen von 8,7 Mrd. \$ direkt dem Wettbewerb ausgesetzt – vor allem Expressbriefe sowie grössere und schwere Pakete (vgl. Grafik).



US-Post dominiert Inlandgeschäft

in Mrd. \$	USPS	FDX	UPS
Umsatz	67,1	39,3	49,5
– davon USA	67,1	27,5	36,8
Gewinn/Verlust	-8,5	+1,5	+3,5
Gewinn pro Aktie in \$	–	4,90	3,56
Dividende pro Aktie in \$	–	0,48	1,88
Rendite in %	–	0,7	3,2
KGV 2011	–	12	15
Performance 2011 in %	–	-12,0	-9,2
Bilanzsumme	n. v.	27,4	33,6
Eigenkapital	n. v.	2,5	10,0
Liquide Mittel	n. v.	2,3	3,4
Langfr. Schulden	n. v.	1,7	10,5
Mitarbeiter	583 900	255 600	400 600

USPS = U.S. Postal Service (Zahlen für 2009/10 per Ende September)
FDX = Fedex (Zahlen für 2010/11 per Ende Mai)
UPS = United Parcel Service (Zahlen für 2010 per Ende Dezember)
Quelle: Bloomberg, Unternehmen



Könnte schon bald die Stelle verlieren: Mitarbeiterin des U.S. Postal Service in einem Sortierzentrum in San Francisco.

Anzeige

UM DAS GANZE AUCH AUF REISEN IM HOTEL ZU VERSTEHEN, MUSS MAN DIE VERTRIEBSSTANDORTE VON NEWSPAPERDIRECT KENNEN. UND DIE ERFAHREN SIE AUF WWW.NEWSPAPERDIRECT.COM

Verlag Finanz und Wirtschaft AG,
Marketing, Postfach, 8021 Zürich
Tel. 044 298 35 35,
marketing@fuw.ch, www.fuw.ch

